

3 2012

news

FAIRteiler

**Das Thema 1**

Über Verteilungsgerechtigkeit und die Tour mit der Reichtumsuhr des DGB Hessen/Thüringen

**Landkreise 2**

Berichte aus den Landkreisen. Was passiert gewerkschaftlich in deinem Landkreis und wie kannst du mitmachen.

**DGB Jugend 3**

Infos zu den Aktivitäten der DGB Jugend in der Region. Hinweise zum Service der Gewerkschaften.

## FAIRteiler-Tour

### DGB Startet Aktion zu Verteilungsgerechtigkeit

#### Ungerecht verteilt!

Deutschland ist ein reiches Land. Und der private Reichtum wächst in jeder Sekunde. Von 2002 bis 2007 ist das private Nettovermögen um 900 Milliarden Euro auf rund 6,6 Billionen Euro gestiegen. Heute liegt das Nettovermögen bei rund 7,5 Billionen Euro – Tendenz steigend. Dumm ist nur, dass viele Menschen nichts von diesem riesigen privaten Vermögen merken. Denn das private Vermögen in Deutschland ist extrem ungerecht verteilt. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt allein 23% des privaten Vermögens – die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung kommen auf satte 60% des Vermögens. Und in jeder Sekunde wächst dieses Vermögen. Der Großteil der Bevölkerung (60%) hat eine schwarze Null – hier gleichen sich Vermögen und Schulden aus. Schlechter geht es dem ärmsten Zehntel der Bevölkerung. Hier wachsen die Schulden in jeder Sekunde und Reichtum ist in weiter Ferne.

#### Reiche werden reicher & Arme werden ärmer: eine Entwicklung mit System!

Die ungleiche Verteilung des Reichtums hat bei uns System. Die vermögensbezogenen Steuern (Erbstehsteuer, Vermögensteuer) sind bei uns deutlich geringer als in vergleichbaren Ländern. Wer also einmal reich ist, muss sich nicht vor großen Belastungen fürchten und kann Dank seines Vermögens immer reicher werden. Und wer ein hohes Einkommen hat, kann über mögliche Ersparnisse und Finanzinvestitionen Gewinne realisieren, die für viele Menschen gar nicht möglich sind. Gleichzeitig sind in den letzten 10 Jahren die Reallöhne der Menschen gesunken. Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich – viele davon können ohne staatliche Unterstützung von ihren Einkommen nicht mehr leben. Relativ betrachtet werden Menschen mit geringen und mittleren Einkommen steuerlich deutlich stärker belastet als Menschen mit hohen Einkommen. Ersparnisse,

Rücklagen oder Finanzinvestitionen gibt es hier nicht. Unser (Steuer)System macht Reiche also reicher und Arme ärmer.

#### Vermögen besteuern = mehr Gerechtigkeit schaffen!

Es gibt einfache Schritte zu mehr Gerechtigkeit. Eine moderate Vermögensteuer mit einem Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro und einem Vermögensteuersatz von 1 Prozent tut niemandem weh und brächte Einnahmen in Höhe von 20 Milliarden Euro jährlich. Wenn dazu das Erbschaftssteueraufkommen durch Besteuerung besonders hoher Erbschaften gesteigert würde, könnten weitere 6 Milliarden Euro mobilisiert werden. Mit diesen Einnahmen kann ein handlungsfähiger Staat mit wichtigen Leistungen für die Menschen erhalten werden – denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Und mit fairen Belastungen für hohe Einkommen und Vermögen können niedrige Einkommen entlastet werden.

Mehr zur Tour und Hintergrundinformationen unter:

[www.fairteiler.dgb.de](http://www.fairteiler.dgb.de)

# Landkreise

## Main-Kinzig

### FAIRteiler-Tour in Hanau

Im Rahmen der „FAIRteiler“-Tour des DGB Hessen-Thüringen fanden natürlich auch Aktionsstände in der DGB-Region Südosthessen statt. So stand zum Beispiel am 12. September der DGB Kreisverband Main-Kinzig mit der Reichtumsuhr auf dem Marktplatz in Hanau.

Der Zuspruch, der uns von vielen Menschen am Aktionsstand entgegenkam, war sehr erfreulich und hat deutlich gemacht, dass es innerhalb der Bevölkerung ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden gibt. Die knapp 200 Unterschriften, die in kurzer Zeit für die Einführung einer Vermögenssteuer und einer angemessenen Erbschaftssteuer gesammelt wurden, haben dies unterstrichen.

Die Reichtumsuhr zeigt auf Basis einer wissenschaftlichen Berechnung die Entwicklung und Verteilung des Privatnettovermögens auf. Das gerade einmal 10 Prozent der Bevölkerung über ein Privatvermögen von 4,7 Billionen Euro verfügt, war viele Passanten in Hanau neu und gleichzeitig ungeheuerlich. Sie blieben stehen und betrachteten den steigenden Verlauf des Vermögens, der in Deutschland vorherrscht. In vielen Gesprächen konnte Aufklärung betrieben und mit vermeintlichen Zwängen in Politik und Wirtschaft aufgeräumt werden. Wir nahmen aber auch Kritik wahr. So machte ein Hanauer Bürger klar, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit viel engagierter und vehementer geführt werden muss.

Deshalb wird der DGB Kreisverband Main-Kinzig sicherlich mit dem Aktionsstand wiederkommen, um mit

Blick auf die kommenden Wahlen, den Druck auf die Politik zu verschärfen.

## Fulda

### „Der andere 11. September“

Von der Demokratie zum Faschismus. Untermalt mit historischen Film- und Tondokumenten spielten die Musikanten unter der Leitung von Daniel Osorio Lieder von Victor Jara und Violetta Parra. Zeitdokumente von 1970 – 1973 aus Chile zeigten den Aufbau der jungen Demokratie. Schwerpunkte waren hier die Wirtschaftspolitik sowie Sozialpolitik in dieser Zeit, die geprägt war von der entschädigungslosen Verstaatlichung der Bodenschätze und einer Agrarreform. So bekamen Bauern staatlich Land zugewiesen. Mieten und wichtige Grundbedarfsmittel wurden staatlich festgelegt. Kinder bekamen kostenlos Schuhe und täglich einen ½ l Milch. Probleme bereitete die Knappheit mancher Produkte, was zu einem Schwarzmarkt führte.

Amerika war dieser junge sozialistische Staat Chile ein Dorn im Auge. Unter der Führung von General Pinochet putschte das Militär nach einem Plan der CIA und unter Zustimmung der US-Regierung am 11. September 1973. Präsident Salvador Allende fiel im Kampf gegen die Putschisten, unzählige Anhänger der „Unidad Popular“ (UP) wurden kaltblütig ermordet oder verschleppt. Victor Jara war einer der bekanntesten Vertreter des „nueva Canción“, des neuen lateinamerikanischen Volksliedes. Seine Lieder handelten vom Alltagsleben der Bauern, Arbeiter, Frauen und Kinder; sie machten Mut, bewegten zum selbst Tätigwerden, brachten die Freuden der einfachen Menschen

zum Ausdruck. Am 18. September 1973 starb er an seinen schweren Misshandlungen durch Folter. Erst 1989 endete die faschistische Diktatur.

Die TeilnehmerInnen zeigten sich sehr betroffen und gleichzeitig stark beeindruckt von dieser sehr guten Veranstaltung. Alle waren sich einig, dass Faschismus keine Lösung sondern ein Verbrechen ist und für alle demokratischen Kräfte die Verpflichtung besteht sich dem entschlossen entgegenzustellen.

## Offenbach (Stadt und Land)

### NPD-Gegenkundgebung in Offenbach

„Offenbach ist zu schön um braun zu werden – Kein Platz für Nazis in Offenbach“. Unter diesem Motto hatten wir am 03. August 2012 als DGB zur Kundgebung gegen den NPD-Aufmarsch an den Marktplatz aufgerufen. Trotz der Kurzfristigkeit und der Mobilisierung von nur einem Tag, folgten über 300 Menschen unserem Aufruf und sorgten auf dem Offenbacher Marktplatz dafür, dass von der NPD weder etwas zu hören noch zu sehen war. Unsere Demokratie ist lebendig und die Offenbacherinnen und Offenbacher haben einmal mehr gezeigt, dass in ihrer Stadt kein Platz für Nazis ist. Dies wird auch in Zukunft immer so bleiben. Der Kampf gegen Rechts bleibt für uns als DGB-Südosthessen weiterhin ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Nicht erst seit den grausamen NSU-Morden machen wir uns für ein NPD-Verbot stark. Und deswegen werden wir auch am 10. November in Hünfeld den Nazis keinen Fußbreit Raum lassen.

# Landkreise

## 4. Sozialpolitische Forum in Dietzenbach zum Thema „Schöne, neue Arbeitswelt! Was bleibt fürs Leben übrig?“

Am 27. September fand traditionsgemäß das Sozialpolitische Forum in Dietzenbach statt. Es war das vierte Jahr in dem der DGB, der Kreis Offenbach, das evangelische Dekanat Dreieich/Rodgau und das katholische Dekanat Dreieich die Veranstaltung abhielten. Die Referenten Hans-Joachim Jungbluth (Bezirksgeschäftsführer vom VhU Offenbach/Hanau) und Professor Dr. Alfons Schmid (Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur an der Goethe-Universität) diskutierten zu den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt unter denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer stärker zu leiden haben. Einigkeit auf dem Podium herrschte darüber, dass Investitionen in Bildung und Qualifizierung notwendig und wichtig sind. Scharfe Kritik an der jetzigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wie z.B. das Ausufer der Leiharbeit, Arbeitsverdichtung und Billiglöhne, kam jedoch vor allem aus dem Publikum. Es bleibt die Feststellung, dass hier noch sehr viel gemacht werden muss, um die einseitigen Belastungen, die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren aufgebürdet wurden, auszumerzen.

## Wetterau

### 10 Jahre ver.di Wetterau

Aus den Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV wurde im Jahr 2001 die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gegründet.

Der ver.di-Kreisvorstand Wetterau des ver.di Bezirks Frankfurt am Main und Region lud aus diesem Grunde ein, gemeinsam auf über 10 Jahre intensive Gewerkschaftsarbeit zu schauen und natürlich zu feiern.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Gerecht geht anders – Gibt es morgen noch öffentliche und soziale Leistungen in unserer Region?“

Nach einem Grußwort des Bürgermeisters der Stadt Butzbach, Michael Merle, referierten der Vorsitzende des ver.di Kreisvorstandes, Michael Fritz und die Mitglieder des ver.di Kreisvorstandes, Margit Noske, Ruth Auffarth-Künkel und Achim Happel ihre Positionen zur Daseinsvorsorge. Ebenso stellte Jürgen Bothner, Landesbezirksvorsitzender ver.di Hessen dar, wie es um die öffentliche/kommunale Daseinsvorsorge in Zeiten der Schuldenbremse steht. Moderiert wurde die Veranstaltung von Rosi Haus, stellvertretende Bezirksgeschäftsführerin, ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region.

Für Kultur und Musik sorgten Mario Gesiarz alias Rezi\*Babbel "Gebabelt werd immer ..." mit Mundart, Blues und Satire sowie Rainer Weisbecker mit Musik und Gesang.

## DGB Jugend

### Berufsschultour der DGB-Jugend in Südosthessen

Auch in diesem Jahr stand der September bei der Gewerkschaftsjugend in Südosthessen ganz im Zeichen der Berufsschultour. Wir konnten mehrere Berufsschulen in Offenbach und Fulda besuchen und die Azubis über ihre Rechte und Pflichten in der Berufsausbildung informieren, ihnen

## Termine

### Main-Kinzig

**Antirassistisches Fußballturnier**  
01.12.2012 | ab 10:00 Uhr | Freigeicht

### Fulda

**Aktionen gegen Nazi-Fackelaufmarsch**

Aktion | 11.10.2012 | ab 16:00 Uhr | Hünfeld

**UMfairTeilen – Reichtum Besteuern**

Veranstaltung der AG Arbeit und Leben | 24.10.2012 | 19:30 Uhr | Café Panama, Langebrückestrasse 14 | Fulda

### Offenbach

**Abschluss 15. Interkulturelle Woche**

Diskussion, Film und Musik | 06.10.2012 | ab 17:00 Uhr | Kulturzentrum HAFEN 2, Hafen 2a | Offenbach

# Service

die Positionen und Aufgaben der Gewerkschaften näher bringen. Auch dieses Jahr mussten wir bei unseren Klassenbesuchen feststellen, dass es mit der Ausbildungsqualität in den ausbildenden Unternehmen nicht immer gut bestellt ist. Gerade in kleinen und mittelständigen Unternehmen gehören Überstunden und /oder ausbildungsfremde Tätigkeiten zur Normalität. Häufig kamen wir auch mit BerufsschullehrerInnen ins Gespräch die uns berichteten, dass die Azubis auch während des Berufsschulunterrichtes immer für die Arbeitgeber erreichbar sein müssten. Insgesamt konnten wir mit unseren Unterrichtsbesuchen über 200 Azubis erreichen.

Um die Azubis regelmäßig im Berufsschulunterricht zu informieren, sind wir bemüht nicht nur während der DGB-Berufsschultour sondern kontinuierlich während des ganzen Schuljahres Unterrichtseinheiten in den Berufsschulen anzubieten. Um das zu gewährleisten, suchen wir immer auch engagierte junge GewerkschafterInnen, die sich vorstellen können mit uns in den Unterricht zu gehen.

Weitere Infos bekommt ihr bei Tobias Huth, Jugendbildungsreferent DGB-Jugend Südosthessen, E-Mail: [tobias.huth@dgb.de](mailto:tobias.huth@dgb.de)

## Soli-Tour für Griechenland der DGB Jugend am 29.08. in Hanau

Unter dem Motto „Sie schlagen Griechenland und meinen uns alle“ veranstaltete die DGB-Jugend eine Solidaritätstour für Griechenland. Am 29.08. machte die Tour auch in Hanau Station.

In der Reinhardskirche in Hanau stand die soziale Situation der ab-

hängig Beschäftigten in Griechenland im Mittelpunkt. Über 50 ZuhörerInnen konnten aus erster Hand erfahren, welche Auswirkungen die neoliberale Troika-Politik auf die Menschen in Griechenland hat.

Die beiden Gewerkschafterinnen berichteten eindrucksvoll von den sozialen Verwerfungen, der hohen Arbeitslosigkeit und der Einschränkung der von Gewerkschaften erkämpften Rechte. So wurde die Tarifautonomie außer Kraft gesetzt und Löhne drastisch gesenkt. In der anschließenden Diskussion wurde auch darauf verwiesen, dass Deutschland einer der Hauptverursacher der aktuellen Euro-Krise ist und mit seinem

enormen Exportüberschuss dazu beiträgt, dass insbesondere die abhängig Beschäftigten südlichen EU-Länder die Auswirkungen der Krise zu tragen haben.

Um dem entgegenzuwirken, waren sich die TeilnehmerInnen der Veranstaltung einig, muss der der gemeinsame Widerstand gegen Sozialabbau und die Austeritätspolitik der EU über die Grenzen der Nationalstaaten organisiert werden.

## § Recht so!

Im Rechtsstreit eines Erziehers mit der Stadt Neu-Isenburg konnte unser DGB Rechtsschutz Offenbach vor dem dortigen Arbeitsgericht einen großartigen Erfolg verbuchen. Der Hortbetreuer, der bei einem schulischen Förderverein angestellt war, hatte auf Anstellung bei der Stadt geklagt.

Das Arbeitsgericht hat ihm recht gegeben und festgestellt, dass das Arbeitsverhältnis zwischen dem Erzieher und dem Förderverein unwirksam ist. Stattdessen bestehe ein Arbeitsverhältnis mit der Stadt. Diese muss den Erzieher jetzt nach Tarif des öffentlichen Dienstes entlohnen und ihm für drei Monate knapp 500 Euro nachzahlen. Nach einer Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) brauchen Arbeitgeber, die ihre Angestellten als Leiharbeiter anderen zur Verfügung stellen, dafür seit Dezember 2011 eine behördliche Erlaubnis.

Umstritten ist, ob auch gemeinnützige Unternehmen dieser Erlaubnispflicht nach dem AÜG unterliegen. Das Offenbacher Gericht hat diese Frage bejaht und wegen der fehlenden Überlassungserlaubnis des Fördervereins das Anstellungsverhältnis für unwirksam erklärt.

Für die Stadt Neu-Isenburg könnte das Urteil weitere Konsequenzen haben, denn bei dem betroffenen Förderverein sind noch weitere Erzieher angestellt. Auch sie könnten nun klagen.

Aber so ist es, wenn man versucht Tariffucht zu begehen...

Sich wehren lohnt sich! Gewerkschaftsmitglied sein auch!